

Presseerklärung des 2. europäischen Netzwerkstreffens linker GewerkschafterInnen

in und bei der Partei der Europäischen Linken vom 4.-6. Mai 2007 in Athen

GewerkschafterInnen aus 12. Ländern Europas trafen sich zu einer Konferenz vom 4.-6. Mai 2007 in Athen um neue Wege der Zusammenarbeit zur Verteidigung von ArbeitnehmerInnenrechten und Arbeitsplatzsicherheit über den Kontinent hinweg zu diskutieren.

Alle RednerInnen berichteten über die neoliberale Offensive die durch die Bolkestein-Direktive und das Grünbuch zum EU-Arbeitsrecht in allen Ländern entfesselt wurde.

RepräsentantInnen des Europäischen Parlaments und griechischer Gewerkschaften riefen gemeinsam zu grenzüberschreitender Solidarität auf um den ArbeitnehmerInnen einen Schutz im Hinblick auf diese Agenda zu gewährleisten.

Die Partei der Europäischen Linken und Synaspismos erklärten einstimmig, dass sie jegliche notwendige Unterstützung seitens Ihrer eigenen Organisationsstrukturen und seitens der GUE-NGL-Fraktion im Europäischen Parlament zur Verfügung stellen.

Um Solidarität zu fördern und ArbeitnehmerInnenrechte zu schützen nahmen die GewerkschafterInnen ein Programm an, das folgende Punkte beinhaltet:

- Einen anständigen Mindestlohn für alle, der die Lebensunterhaltskosten ausreichend deckt,
- Präsentation unserer Analysen und Aktionen mit alternativen Vorschlägen bei allen internationalen Gewerkschaftsorganen an denen wir teilnehmen, dem Europäischen Sozialforum und den Treffen und Kongressen der Europäischen Linken.
- Nein zum Grünbuch ! Für eine verstärkte Zusammenarbeit um unsere alternativen Vorschläge weiterzuentwickeln.
- Kampf gegen gegen jegliche Form von prekärer Beschäftigung im Arbeitsleben, die eine erhebliche Belastung darstellt, besonders für Frauen, Jugendliche, ImmigrantInnen und sozial Ausgeschlossene.
- Verbessere Qualitätsstandards bei Gesundheit und Arbeitssicherheit um die Todesopfer bei Arbeitsunfällen zu beenden.
- Unsere kontinuierliche Ablehnung der Bolkestein-Direktive, der Deregulierung von Arbeitsbeziehungen und der Privatisierung von sensiblen sozialen und öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung, Transport) und der Aushöhlung von ArbeitnehmerInnenrechten im privaten und öffentlichen Sektor.
- Unsere alternativen Vorschläge für die Rückführung von privatisierten öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, Bildung eines alternativen Modells des Öffentlichen Sektors, das auf den Bedürfnissen der Menschen und nicht auf den gigantischen Profiten von privaten Interessen basiert.
- Unsere Kooperation mit linken progressiven Gewerkschaften und Bewegungen in Lateinamerika.

Auf der Konferenz wurde dieses Programm von den TeilnehmerInnen einstimmig angenommen. Darüber hinaus stimmten die GewerkschafterInnen darin überein, die im Programm genannten Punkte in ihren Ländern weiterzuentwickeln.

Die 3. Konferenz des Netzwerkes wurde für den 1.-3. Februar 2008 nach Wien einberufen.